

**Mitteilung**  
**der Landesregierung**

**Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

Schreiben des Staatsministeriums vom 5. Juli 2016, Az.: V-0123.049:

Anbei übermittele ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums.

Murawski  
Staatsminister



**Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**  
**über aktuelle europapolitische Themen**  
**aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums**

A. Einleitung .....	3
B. Schwerpunktthemen .....	3
I. Aktuelles: Brexit-Votum, EU-Flüchtlingspolitik, EFSI, TTIP-Beirat .....	3
1. Brexit-Votum.....	3
2. EU-Flüchtlingspolitik.....	5
3. Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI).....	7
4. TTIP-Beirat.....	8
II. EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR).....	9
1. Sitzung der Nationalen Koordinatoren und der Schwerpunktbereichskordinatoren am 23. Mai 2016 in Bratislava .....	9
2. Zehntes Treffen der Steuerungsgruppe des Schwerpunktbereichs 10 „Verbesserung der institutionellen Kapazität und Zusammenarbeit“ der EUSDR am 14. - 15. April 2016 in Sarajevo .....	9
3. Danube Strategy Point .....	10
4. Workshop „Wirtschaftliches Potential des Donauraums“ am 27. Juni 2016 in Stuttgart.....	11
III. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) .....	11
1. Erste Sitzung des Executive Board am 19. - 20. April 2016 in Brüssel.....	11
2. Auftaktveranstaltung des Projekts AlpGoV im Interreg B Alpenraumprogramm.....	12
IV. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit.....	12
1. Frankreich .....	12
2. Oberrhein .....	13
3. Internationale Bodensee-Konferenz (IBK).....	15
4. Vier Motoren für Europa .....	15
V. Internationales .....	16
1. Antrittsbesuch von Ministerpräsident Kretschmann in der Schweiz .....	16
2. Besuch des stellvertretenden schwedischen Parlamentspräsidenten .....	16
VI. Entwicklungspolitik.....	17

---

- 2 -

1. Burundi .....	17
2. Förderung entwicklungspolitischer Projektarbeit im In- und Ausland .....	17
3. Fünfte Entwicklungspolitische Landeskonzferenz .....	18
VII. Europapolitische Kommunikation .....	18
VIII. Landesvertretung Berlin .....	19
IX. Landesvertretung Brüssel .....	19
1. Erster Arbeitsbesuch von Minister Wolf und Gespräche in Brüssel .....	19
2. Sicherheitslage in Brüssel .....	20

## A. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht werden die aktuellen europapolitischen Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums im Berichtszeitraum 1. April 2016 bis 30. Juni 2016 vorgestellt.

In den Berichtszeitraum fiel am 23. Juni 2016 das historische Referendum über den Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union. Angesichts des mit dem Brexit-Votum verbundenen Einschnitts in der europäischen Einigung trat die weiterhin drängende Flüchtlingsthematik europapolitisch kurzfristig in den Hintergrund.

## B. Schwerpunktthemen

### I. Aktuelles: Brexit-Votum, EU-Flüchtlingspolitik, EFSI, TTIP-Beirat

#### 1. Brexit-Votum

Am 23. Juni 2016 stimmte die britische Bevölkerung in einem Referendum mit knapper Mehrheit für den Ausstieg ihres Landes aus der EU (51,9 % zu 48,1 %). PM Cameron kündigte daraufhin seinen Rücktritt zum Oktober an. Erste Analysen zeigen, dass Großbritannien in der Brexit-Frage in mehrfacher Hinsicht gespalten ist: Nord (pro EU) – Süd (contra EU), jung (pro) – alt (contra), Schottland/Nordirland/London (pro) – England/Wales (contra). Schon kurz nach dem Referendum wurden in Schottland erste Rufe nach einer Wiederholung des Unabhängigkeitsreferendums laut („*Wir lassen uns von England nicht aus der EU werfen.*“). Nachdem die Märkte im Vorfeld kaum ernsthaft mit einem Brexit gerechnet hatten, kam es zu heftigen Kursverlusten und einem Absturz des britischen Pfunds.

Wenige Tage nach dem Brexit-Votum ist in Großbritannien eine gewisse Katerstimmung auszumachen. Die Brexit-Befürworter scheinen keinen rechten Plan zu haben, wie es jetzt weiter gehen soll. Bei einigen Brexit-Wählern macht sich „Bregret“ breit, also das Bedauern der eigenen Entscheidung.

Sobald die britische Regierung den Austrittswunsch förmlich an die EU übermittelt hat, werden die Verhandlungen gemäß Art. 50 EUV über die kon-

- 4 -

kreten Austrittsmodalitäten und die künftigen Beziehungen Großbritanniens zur EU beginnen. Die 27 Staats- und Regierungschefs (EU ohne Großbritannien) haben am 29. Juni 2016 klar gemacht, dass es vor dem Austrittsantrag keine formellen oder informellen Verhandlungen geben wird.

Im Landtag gab Ministerpräsident Kretschmann am 29. Juni 2016 eine Regierungserklärung zum Brexit-Votum ab (*„Ein Weckruf für alle europäischen Demokraten – mit neuer Leidenschaft für die europäische Idee eintreten“*), gefolgt von einer ausführlichen Aussprache.

### **Bewertung**

Der Austritt Großbritanniens aus der EU wird der größte Einschnitt in der Geschichte der Europäischen Union sein. Mit dem Land verliert die EU ihren drittgrößten Mitgliedstaat, der international auch heute noch zu den Schwergewichten zählt. Innerhalb der EU ist Großbritannien eine treibende Kraft bei wichtigen Themen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (EU-Binnenmarkt, EU-Freihandelsabkommen).

Das Abkommen zur Neuregelung der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien muss ausgewogen sein (keine Rosinenpickerei).

Es ist zu befürchten, dass die Zentrifugalkräfte in der EU durch das Brexit-Votum weiter zunehmen. Euro-Skeptiker und Nationalisten dürften sich jetzt erst einmal bestätigt fühlen. Schon fordern Rechtspopulisten etwa in den Niederlanden und in Frankreich ihrerseits Austritts-Referenden.

Klar ist, dass es nach dem Brexit-Votum kein „Weiter so“ geben kann und darf. Es bedarf einer ehrlichen Analyse der Gründe für die Unzufriedenheit vieler Menschen mit dem Zustand der Europäischen Union. Dabei wird es um die Schwächen der politischen Architektur, fehlende Transparenz und zu viel Zentralismus gehen. Vor allem aber müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten beweisen, dass sie die großen und drängenden Herausforderungen zufriedenstellend lösen können.

## 2. EU-Flüchtlingspolitik

Die Flüchtlings- und Migrationskrise blieb im Berichtszeitraum ein Thema auf höchster EU-Ebene: Der Europäische Rat hat sich am 28./ 29. Juni 2016 mit den Fortschritten bei der Lösung der Migrationskrise und insbesondere mit dem Verfahrensstand zur Implementierung der EU-Türkei-Erklärung vom 18. März 2016 befasst (vgl. zum Inhalt EU-Türkei Erklärung bereits den europapolitischen Bericht des Staatsministeriums - Mitteilung vom 12. April 2016, Drucksache 15/8112). Er wies darauf hin, dass die Staaten des westlichen Balkans auch künftig unterstützt werden und mögliche Entwicklungen auf alternativen Routen aufmerksam verfolgt werden müssten. Die Staats- und Regierungschefs mahnten eine weitere Beschleunigung der Umsetzung der Umverteilungsbeschlüsse an.

Die EU-Türkei Vereinbarung wird seit 4. April 2016 umgesetzt und zeigt erste konkrete Ergebnisse. Aus dem Zweiten Umsetzungsbericht der Kommission vom 15. Juni 2016 geht hervor, dass die Zahl der Migranten, die von der Türkei zu den griechischen Inseln übersetzen, auf durchschnittlich 47 Neuankömmlinge pro Tag zurückgegangen ist. Bisher (Stand 28. Juni) wurden 468 Personen von Griechenland in die Türkei zurückgeführt; im Gegenzug wurden 796 syrische Flüchtlinge aus der Türkei in neun EU-Staaten (Finnland, Deutschland, Litauen, Niederlande, Schweden, Italien, Lettland, Luxemburg, Portugal) neu angesiedelt. Eine große Herausforderung blieben die griechischen Asylverfahren. Die Asyl- und Berufungsverfahren in Griechenland dauerten noch zu lange, und bisher habe Griechenland noch keinen abgelehnten Asylbewerber in die Türkei rückgeführt. Anders als in der EU-Türkei-Erklärung vorgesehen bringt Griechenland die meisten Flüchtlinge weiter auf das griechische Festland. Dies liegt v. a. daran, dass die griechischen Asylrichter das Konzept des Sicheren Drittstaates auf die Türkei nicht anwenden. Zudem sind die Aufnahmekapazitäten auf den griechischen Inseln noch immer zu gering.

Die Bundesregierung und andere Mitgliedstaaten kritisieren die Auswahl der schutzbedürftigen syrischen Flüchtlinge durch die Türkei. Die Türkei beanspruche das Vorschlagsrecht für sich und schlage bevorzugt Schwerkranke

- 6 -

für die Neuansiedlungen vor, während Syrern mit hohem Bildungsabschluss und Familien die Ausreisegenehmigung verweigert werde.

Die Umsetzung der Umverteilungsbeschlüsse vom September 2015 kam im Berichtszeitraum etwas zügiger voran: Bisher (Stand 28.6.2016) wurden aus Italien 789 und aus Griechenland 1893 Personen in 18 Mitgliedstaaten umverteilt. Trotz deutlicher Beschleunigung wurde die von Kommissionspräsident Juncker ausgegebene Zielgröße von monatlich 6.000 Flüchtlingen bei weitem nicht erreicht.

Beim Gesetzgebungsverfahren zur Errichtung der neuen „Europäischen Grenz- und Küstenwache“ haben Rat und Europäisches Parlament im Berichtszeitraum eine politische Einigung erreicht. Das ursprünglich vorgesehene Initiativrecht der EU-Agentur im Falle eines Notstands in einem Mitgliedstaat ohne dessen Zustimmung wurde gestrichen, stattdessen wurde ein Vetorecht des betroffenen Mitgliedstaates festgelegt.

Die Kommission hat im Berichtszeitraum neue Vorschläge im Bereich Asyl und Migration veröffentlicht und weitere angekündigt: Ihr Vorschlag zur Änderung der Dublin III-Verordnung vom 4. Mai 2016 sieht eine Ergänzung des „Ersteinreisepinzips“ um einen sog. „Korrektur-/Fairnessmechanismus“ für die Zuteilung von Asylbewerbern vor sowie einen Solidarbeitrag in Höhe von 250.000 EUR je Flüchtling für Mitgliedstaaten, die sich nicht an einer fairen Verteilung der Flüchtlinge beteiligen. Der Bundesrat hat zur Rahmenmitteilung der Kommission bereits Stellung genommen (BR-Drs. 172/16(B); vgl. zu dieser Kommissionsmitteilung auch die Unterrichtung des Landtags durch das Innenministerium vom 17. Mai 2016, LT-Drs. 16/22). Der Vorschlag zur Änderung der Dublin III-Verordnung wurde dagegen noch nicht im Bundesrat beraten, da noch keine deutsche Fassung des Dokuments vorliegt.

Ein weiterer Kommissionsvorschlag zu EU-Migrationspartnerschaftsrahmen vom 7. Juni 2016 zielt auf eine Stärkung der Zusammenarbeit mit Dritt-/Transitstaaten ab. In einem Fünf-Jahres-Zeitraum sollen 8 Mrd. € für Investitionen zur Bekämpfung von Migrationsursachen bereitgestellt werden. Erste Migrationspakete sind mit Jordanien und dem Libanon geplant. Der Europäische Rat hat am 28./29. Juni 2016 dazu festgestellt, dass die Zusammenar-

- 7 -

beit bei der Rückübernahme und Rückführung ein Prüfstein für die Partnerschaft zwischen der EU und diesen Partnern sein werde.

**Bewertung:**

Die Kommission räumt in ihrem o. a. Umsetzungsbericht selbst ein, dass die EU-Türkei-Erklärung zwar erste Ergebnisse zeitigt, aber das bisher Erreichte noch fragil ist. Für die Schlussfolgerung, dass die Erklärung in allen ihren Aspekten vollumfänglich funktioniere, sei es noch zu früh. Es bleiben zahlreiche Herausforderungen: So muss Griechenland seine Anstrengungen verstärken, seine Asylverfahren zu beschleunigen, um seinen Teil der EU-Türkei-Erklärung nachhaltig einzuhalten. Auch EU-seitig muss alles zur Umsetzung getan werden, insbesondere müssen sich alle Mitgliedstaaten an der Umsetzung des 1:1 Mechanismus beteiligen.

Die EU braucht dringend ein krisenfestes System, da damit zu rechnen ist, dass sich die Flüchtlingsrouten verlagern. Entsprechende Kommissionsvorschläge liegen auf dem Tisch und sollten zügig beraten werden. Langfristig muss sich Europa stärker um die Beseitigung der Fluchtursachen kümmern, die Lebenssituation der Menschen in den Herkunfts- und Transitländern verbessern und vor Ort Zukunftsperspektiven zu schaffen. Die Landesregierung begrüßt, dass die Kommission dazu kürzlich mit ihrer Mitteilung zur Außen-dimension die notwendige Diskussion auf EU-Ebene angestoßen hat.

**3. Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSD)**

Die EU-Kommission will den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) über das ursprüngliche Laufzeitende 2018 hinaus verlängern und hat angekündigt, nach der Sommerpause Vorschläge zur Zukunft des EFSD vorzulegen. In einer Mitteilung vom 1. Juni 2016 (BR-Drs. 299/16) unternimmt sie eine erste Bestandsaufnahme und zieht eine positive Bilanz der EU-Investitions-offensive. In 26 Mitgliedstaaten seien 250 EFSD-gestützte Transaktionen genehmigt worden, von denen erwartet werde, dass sie Investitionen in Höhe von 100 Mrd. EUR mobilisieren. Zu dieser Kommissionsmitteilung wird die Landesregierung den Landtag noch separat unterrichten.

**Bewertung:**

Aus Sicht der Landesregierung sollte die Kommission in einem ersten Schritt die in der EFSI-Verordnung vorgesehene Evaluation des EFSI durchführen, für eine Verlängerung des EFSI ist es derzeit noch zu früh. Die Evaluation könnte allerdings zeitlich nach vorne gezogen werden.

**4. TTIP-Beirat**

Am 19. April 2016 fand die dritte Sitzung des TTIP-Beirats der Landesregierung im Haus der Wirtschaft in Stuttgart statt. Im Fokus der Beratungen standen diesmal die wirtschaftlichen Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens. Dabei wurden die Chancen für die heimische Wirtschaft, aber auch mögliche Effekte für Entwicklungs- und Schwellenländer in den Blick genommen. Mit dem Beiratsmitglied Professor Dr. Wilhelm Kohler (Universität Tübingen) und Sven Hilbig (Brot für die Welt) referierten zwei ausgewiesene Experten zu den möglichen globalen Auswirkungen von TTIP. Die Sicht der Unternehmen im Land schilderten der Präsident des baden-württembergischen Handwerkstages, Beiratsmitglied Rainer Reichhold, der Präsident des baden-württembergischen Industrie- und Handelskammertages, Beiratsmitglied Dr. Peter Kulitz, und Gottfried Härle, Vorstand des Bundesverbands der grünen Wirtschaft. Dieser ganzheitliche Ansatz der Sitzung war dem Beirat wichtig. Schließlich sollte ein gutes Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU auch Anstöße für faire Welthandelsregeln bieten.

Die neue Landesregierung wird den TTIP-Beirat fortführen. Das öffentlich tagende Gremium hat sich zu einem echten Vorbild für eine konstruktive Debatte des geplanten Freihandelsabkommens entwickelt.

## **II. EU-Strategie für den Donaoraum (EUSDR)**

### **1. Sitzung der Nationalen Koordinatoren und der Schwerpunktbereichskordinatoren am 23. Mai 2016 in Bratislava**

Am 23. Mai 2016 trafen sich die Nationalen Koordinatoren (NCs) der an der EUSDR beteiligten Länder und die Schwerpunktbereichskordinatoren (PACs) zu einer gemeinsamen Sitzung. Ein wichtiger Punkt war die Verabschiedung der überarbeiteten Ziele der EUSDR. Im Rahmen eines mehrstufigen Prozesses hatten die Steuerungsgruppen der thematischen Schwerpunktbereiche im vergangenen Jahr die 2012 aufgestellten Ziele analysiert und überarbeitet. Die aktualisierten Ziele werden auch bei der Begutachtung von Projektanträgen im Interreg Donaoraumprogramm herangezogen, wo ein Auswahlkriterium der Beitrag des Projekts zur Erreichung der Ziele der EUSDR ist.

### **2. Zehntes Treffen der Steuerungsgruppe des Schwerpunktbereichs 10 „Verbesserung der institutionellen Kapazität und Zusammenarbeit“ der EUSDR am 14. - 15. April 2016 in Sarajevo**

Die Sitzung in Sarajevo bot die Gelegenheit, Kooperationsmöglichkeiten zwischen der EUSDR und dem Regional Cooperation Council (RCC) in Bosnien-Herzegowina sowie Synergien zur SEE2020 Strategie sichtbar zu machen. Ein Vortrag der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz) verdeutlichte transnationale Fördermöglichkeiten auf dem Westbalkan vornehmlich durch die sogenannten „Offenen Regionalfonds“. Die Steuerungsgruppe legte weiterhin strategische Projekte fest, die beispielhaft die Erfolge des Schwerpunktbereichs verdeutlichen sollen. Bei den Informationen über die fortlaufende Arbeit der Unterarbeitsgruppen der Steuerungsgruppe war für Baden-Württemberg vornehmlich die Vorbereitung der AG „Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit“ wesentlich, da diese über die Vorbereitung der zweiten „Participation Days“ im Rahmen des Jahresforums in Bratislava berichteten.

### 3. Danube Strategy Point

Der seit Mai 2015 in der LV Brüssel angesiedelte Danube Strategy Point (DSP) hat im Berichtszeitraum vielfältig wichtige Unterstützung den Mitgliedsstaaten der EUSDR, der Europäischen Kommission sowie den Akteuren der EUSDR zur Steuerung und Umsetzung dieser Makrostrategie geleistet. Konkret wurde Folgendes umgesetzt bzw. erreicht:

- Der DSP hat in Zusammenarbeit mit allen Akteuren der EUSDR ein Konzept mit Leitlinien für donauraumstrategisch geeignete Projekte entwickelt.
- Der Internetauftritt wurde systematisch in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, DG REGIO, weiterentwickelt durch Präsentation von EUSDR-Erfolgsgeschichten sowie durch Einstellen eines umfangreichen Veranstaltungskalenders zu EUSDR-Terminen.
- Ein detailliertes Berichtswesen wurde für die Prioritätsbereiche erarbeitet, um einen besseren Überblick über deren Arbeit zu erhalten und für mehr strategischen Fokus in der Projektarbeit zu sorgen. Damit wurde auch eine Basis für das zukünftige Evaluationssystem für diese Prioritätsbereiche geschaffen.

In diesem Zusammenhang fand auch eine Revision der EUSDR-Ziele und –Aktionen statt, an denen der DSP maßgeblich mitgewirkt hat.

- Die Abwicklung der Finanzausschüsse für die Arbeit der elf Schwerpunktbereiche einschließlich der Unterstützung zur Projektabwicklung ist auf gutem Weg. Insgesamt sind 25 Verträge zu schließen. Die erste Auszahlung in Höhe von 30 % wurde an 24 Prioritätsbereiche geleistet. Der Vertrag Nr. 25 steht kurz vor der Zeichnung.

Im Übrigen ist der DSP präsent auf allen wichtigen Terminen und Besprechungen der Nationalen Koordinatoren der Donauraumstrategie sowie der Sitzungen der Prioritätsbereiche und stimmt sich regelmäßig mit den Mitarbeitern der DG REGIO ab, um so seiner strategischen und technischen Unterstützungsaufgabe gerecht zu werden.

#### **4. Workshop „Wirtschaftliches Potential des Donauraums“ am 27. Juni 2016 in Stuttgart**

Der Ministerrat hat 2011 mehrere Schwerpunkte des Engagements in der EUSDR festgelegt: Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU, den Export des Modells der dualen Berufsausbildung, Umwelttechnik und erneuerbare Energien sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft und der institutionellen Kapazitäten. Nach den in den letzten fünf Jahren gewonnenen Erfahrungen wird aus Sicht des Staatsministeriums eine vertiefte Analyse zu den landesspezifischen wirtschaftlichen Potentialen sowie weiterer strategischer Handlungsfelder benötigt. Um dies auch zukünftig in die Politikgestaltung der Landesregierung einfließen lassen zu können, hat das Staatsministerium als ersten Schritt am 27. Juni 2016 einen Workshop organisiert.

Im Gespräch mit Expertinnen und Experten wurden die wirtschaftlichen Möglichkeiten sowie weitere Themenfelder der Zukunft für Baden-Württemberg im Donauraum und West-Balkan diskutiert. In den ersten beiden Arbeitsgruppen wurden Erfahrungen im Bereich der Markterschließung im Donauraum und auf dem West-Balkan ausgetauscht sowie Einschätzungen präsentiert, wie die Landespolitik eine solche am besten unterstützen könnte. In zwei weiteren Arbeitsgruppen wurde branchenspezifisch über das wirtschaftliche Potential im Donauraum berichtet. Weitere Arbeitsgruppen widmeten sich notwendigen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Unternehmungen und der Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie dem Thema Bildung.

### **III. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)**

#### **1. Erste Sitzung des Executive Board am 19. - 20. April 2016 in Brüssel**

Am 19. und 20. April 2016 kam das Executive Board der EUSALP zu seiner konstituierenden Sitzung in Brüssel zusammen. Das Executive Board setzt sich aus nationalen und regionalen Koordinatoren der sieben an der EUSALP beteiligten Staaten zusammen. Jedem Staat stehen dabei drei Sitze zu. Die deutsche Delegation besteht aus je einem Vertreter des Auswärtigen Amts, des Staatsministeriums Baden-Württemberg sowie der bayerischen

- 12 -

Staatskanzlei. Das Executive Board ist für die inhaltliche Gesamtsteuerung der Strategie zuständig, es bereitet die Beschlüsse der politisch besetzten Hauptversammlung vor und steuert deren Umsetzung. Dem Executive Board obliegt weiterhin das Monitoring der inhaltlichen Umsetzung, die in den neuen thematischen Aktionsgruppen (AGs) erfolgt. Die zweite Sitzung des Executive Board findet Ende September 2016 in Slowenien statt.

## **2. Auftaktveranstaltung des Projekts AlpGoV im Interreg B Alpenraumprogramm**

Zur Unterstützung der Arbeit der thematischen Aktionsgruppen der EUSALP wurde im Interreg B Alpenraumprogramm ein Vorschlag für ein Governance-Projekt eingereicht und genehmigt. Die Auftaktveranstaltung des Projekts fand am 15. und 16. Juni 2016 in Brüssel statt. Ziel des Projekts ist, die Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Umsetzung der EUSALP sowie die Schaffung effizienter Steuerungsstrukturen zu unterstützen. Das Projekt im Gesamtvolumen von rund 3,8 Mio. € wird zu 85% aus Mitteln des Interreg Alpenraumprogramms gefördert. Projektpartner sind die mit der Leitung der neun Aktionsgruppen betrauten Organisationen. Koordiniert wird das Projekt vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Baden-württembergischer Partner ist das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, das gemeinsam mit Auvergne Rhône-Alpes die Aktionsgruppe 2 „Entwicklung strategischer Sektoren“ leitet.

## **IV. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

### **1. Frankreich**

#### **Besuch des französischen Botschafters S. E. Philippe Etienne bei Minister Wolf am 19. Mai 2016**

Am 19. Mai 2016 empfing Minister Wolf stellvertretend für Ministerpräsident Kretschmann den französischen Botschafter, S.E. Philippe Etienne zu einem Gespräch im Neuen Schloss in Stuttgart.

- 13 -

Minister Wolf und Botschafter Etienne thematisierten in ihrem Gespräch zum einen die Schwerpunkte der neuen Landesregierung im Rahmen der neuen Legislaturperiode sowie die Reise des Ministerpräsidenten im September 2016 nach Frankreich.

Weitere Themen des Gesprächs waren die französische Territorialreform, die Sprache des Nachbarn sowie die Zukunft des Kernkraftwerks Fessenheim und das Thema Rechtspopulismus in Deutschland und Frankreich.

#### **6. Deutsch-Französischer Dialog zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am 7. Juni 2016 in Berlin**

Der Deutsch-Französische Dialog ist ein informelles Gesprächsformat, welches von Deutschland und Frankreich im Jahre 2009 eingerichtet wurde. Ziel ist es, Informationen über aktuelle Fragen der Kooperation der Grenzregionen auszutauschen und praktische Lösungen für Probleme zu initiieren, die einem noch engeren Zusammenwachsen des deutsch-französischen Grenzraums entgegenstehen.

Bei der Dialogrunde am 7. Juni 2016 in Berlin befassten sich die Delegationen aus Bundesministerien, Vertretern der französischen Republik sowie der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland und der französischen Region Grand Est vorwiegend mit dem Stand der Umsetzung der Metzger Erklärung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus dem Jahr 2015. Insbesondere die Verbesserung der beruflichen Mobilität junger Menschen, die weitere Integration der Arbeitsmärkte im Grenzraum, die Vermittlung der Partnersprache sowie die Themen Verkehr, Energie, Umwelt, Kultur, Gesundheit und polizeiliche Zusammenarbeit standen im Mittelpunkt des Dialogs.

## **2. Oberrhein**

#### **Zweite Präsidiumssitzung der Oberrheinkonferenz am 17. Juni 2016 in Porrentruy, Kanton Jura**

Die deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz (ORK) bildet seit 1991 den institutionellen Rahmen der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit im Oberrheingebiet. 2016 hat der Schweizer Kanton Basel-

- 14 -

Stadt die Präsidentschaft des Gremiums inne und legt seine Schwerpunkte dabei auf die trinationale Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Verkehr, Arbeitsmarkt und Klima. Im Rahmen der zweiten Präsidiumssitzung am 17. Juni 2016 wurden unter anderem die Planungen eines zweiten trinationalen Klima- und Energiekongresses sowie eines weiteren Bürgerdialogs im Herbst konkretisiert und die Vorbereitungen eines zukunftsweisenden INTERREG A-Projekts zur Optimierung der grenzüberschreitenden Kooperation im Gesundheitsbereich „TRISAN“ finalisiert.

### **INTERREG A-Programme „Oberrhein“ und „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“**

Bei der Sitzung des **Lenkungsausschuss des Interreg-A Programms ‚Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein‘** am 6. und 7. April, wurden die Anträge von zehn weiteren Projekten genehmigt. Damit erhöht sich die die Zahl aller genehmigten Projekte des Programms in der aktuellen Förderperiode auf 35. Die nächste Sitzung, bei welcher erneut Förderanträge für grenzüberschreitende Projekte genehmigt werden sollen, findet im Herbst 2016 statt.

Zudem tagte am 3. Mai der u.a. für die strategische Steuerung des Programms zuständige **Begleitausschuss** in Bregenz. Besonders hervorgehoben wurde im Rahmen der Sitzung der hohe Vernetzungsgrad des Programms, an dessen Projekten sich im Durchschnitt mehr als fünf internationale Partner beteiligen. Von baden-württembergischer Seite sind ein oder mehrere Projektträger an 31 der insgesamt 35 Projekte beteiligt. Es wurde festgehalten, dass rund ein Jahr nach Konstituierung des Programms auf der EU-Seite bereits über 22 Mio. € an Fördermitteln und damit 56 Prozent der Programmmittel bewilligt wurden.

Am 30. Juni kommt der **Begleitausschuss des Programms Interreg A ‚Oberrhein‘** zu seiner 5. Sitzung in Straßburg zusammen, um weitere Projekte zu genehmigen.

### **3. Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)**

#### **Kamingespräch der Regierungschefs**

Die Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter der IBK trafen sich am 21. April unter Vorsitz des Kantons Zürich zu ihrem Kamingespräch auf der Musikinsel Rheinau in der Schweiz. Bei dem Treffen, an dem das Land durch Staatsrätin Gisela Erler vertreten wurde, ging es unter anderem um die Erarbeitung einer IBK-Strategie für die nächsten Jahre, die vermehrt auf Partnerschaft ausgerichtet sein soll und mit der flexibler auf gemeinsame Herausforderungen für die Zukunft der Bodenseeregion eingegangen werden kann. Gegenstand der Beratungen waren zudem die aktuelle Flüchtlingssituation und die Entwicklungen der Personenfreizügigkeit im Hinblick auf die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 121a in der Schweiz.

### **4. Vier Motoren für Europa**

#### **Übergabe der Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa von Katalonien an Auvergne Rhône-Alpes am 9. Mai 2016 in Barcelona**

Am 9. Mai 2016 fand in Barcelona die turnusmäßige Übergabe der Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa von Katalonien an Auvergne Rhône-Alpes statt. Für die Landesregierung nahm Staatssekretär Jürgen Walter an der Zeremonie teil. Mit seinem Arbeitsprogramm knüpft Auvergne Rhône-Alpes inhaltlich an die Prioritäten der katalanischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa an. Übergeordnetes Motiv der Präsidentschaft von Auvergne Rhône-Alpes ist die Unterstützung der Entwicklung „intelligenter Regionen“. Dabei ist eine Konzentration auf die Themen Industrie 4.0, Digitalisierung, Green Economy, regionale Klimastrategien sowie Kreativ- und Kulturwirtschaft vorgesehen, die auch für Baden-Württemberg wichtige Themen darstellen. Auvergne Rhône-Alpes wird für ein Jahr den Vier Motoren für Europa vorsitzen und im Frühjahr 2017 die Präsidentschaft an Baden-Württemberg übergeben.

## V. Internationales

### 1. Antrittsbesuch von Ministerpräsident Kretschmann in der Schweiz

Ministerpräsident Kretschmann besuchte am 23. und 24. Juni 2016 Bern und Zürich. Er führte Gespräche mit dem Schweizerischen Bundespräsidenten, Johann Schneider-Ammann, mit der Vorsteherin des Eidgenössischen Departments für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, Bundesrätin Doris Leuthard, und traf hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Grenzkantone. Des Weiteren traf Ministerpräsident Kretschmann in Zürich mit dem Regierungspräsidenten des Kantons Zürich Mario Fehr, dem Regierungsrat Dr. Thomas Heiniger und der Regierungsrätin Jacqueline Fehr sowie mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus Deutschland und der Schweiz zusammen.

Themen des Besuchs waren insbesondere die Zukunft der bilateralen Verträge und die Belange der Grenzgängerinnen und Grenzgänger nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, Wirtschaftsthemen wie die flankierenden Maßnahmen und die Digitalisierung, die Hochschulkooperation, die im Raum stehende Schließung von Zollstellen durch die eidgenössische Zollverwaltung, Verkehrsthemen wie der Flughafen Zürich sowie Energiethemen wie die Endlagersucher in der Schweiz. Ferner wurde an die Erarbeitung der Schweiz-Strategie angeknüpft, die u.a. der Schweizerischen Botschafterin in Berlin sowie den Grenzkantonen zur Konsultation übersandt worden war. Begleitet wurde der Ministerpräsident von der Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Katrin Schütz, dem Ministerialdirektor im Ministerium für Verkehr Dr. Uwe Lahl und Freiburgs Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer.

### 2. Besuch des stellvertretenden schwedischen Parlamentspräsidenten

Der stellvertretende schwedische Parlamentspräsident Tobias Billström besuchte Baden-Württemberg am 7. und 8. April 2016 und wurde von Staatsrätin Eler empfangen. Der Besuch knüpfte an die Reise von Staatsrätin Eler nach Schweden im Herbst 2015 an und vertiefte den damals begonnenen Austausch zu den Themen Integration, Flüchtlings- und Asylpolitik.

## **VI. Entwicklungspolitik**

### **1. Burundi**

Die Krise in Burundi hält weiter an. Aus diesem Grund beschränkten sich die Partnerschaftsaktivitäten nach wie vor auf zivilgesellschaftliches Engagement und Projekte von Nichtregierungsorganisationen (NROs), die vom Staatsministerium im Rahmen der Projektförderung weiterhin unterstützt werden. Auf baden-württembergischer Seite werden derweil die Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit intensiviert, um unsere Partnerschaft innerhalb des Landes bekannter zu machen. Mit diesem Ziel war das Staatsministerium erstmals mit einem Burundi-Stand auf den Heimattagen am 7. und 8. Mai 2016 in Bad Mergentheim und im April und Juni im Rahmen von Öffnungen des Parks der Villa Reitzenstein präsent. Dabei stellte sich der fair gehandelte Partnerschaftskaffee „Café du Burundi“ als hervorragender Werbe- und Sympathieträger für die Partnerschaft heraus. Aus diesem Grund erarbeitet eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Staatsministeriums, der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) sowie der dwp eG Fairhandelsgenossenschaft aus Ravensburg derzeit Vorschläge für eine Burundi-Kaffee-Kampagne, die zum Ziel hat, weitere Zielgruppen für die Partnerschaft mit Burundi zu begeistern und die Kleinbauerngenossenschaft „Mboneramiryango“, die den Partnerschaftskaffee in Burundi produziert, weiter zu unterstützen.

### **2. Förderung entwicklungspolitischer Projektarbeit im In- und Ausland**

Zur Förderung von entwicklungspolitischen Projekten im In- und Ausland stellt das Staatsministerium im Jahr 2016 wieder insgesamt 385.000 € zur Verfügung, die über die SEZ zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagement an Nichtregierungsorganisationen, Kommunen, Kirchengemeinden und Bildungseinrichtungen vergeben werden. Nach dem Ende der jeweiligen Ausschreibungsfrist wählt ein unabhängiges Gutachtergremium die zu fördernden Projekte aus. Der Förderbetrag beträgt max. 20.000 €.

Die Förderung von entwicklungspolitischen Inlandsprojekten wurde am 17. Juni mit der Tagung des Gutachtergremiums abgeschlossen. Insgesamt wurden 12 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 129.465,89 € zur Förderung ausgewählt. 3 weitere Projekte wurden vom Gutachtergremium auf die

- 18 -

Warteliste gesetzt. Mit 40 eingereichten Anträgen stieg die Nachfrage 2016 deutlich an, die Ausschreibung war mit einem Antragsvolumen von 562.156,54 € mehr als vierfach überzeichnet. 2015 wurden 27 Projekte mit einem Antragsvolumen von 379.278,20 € eingereicht (dreifach überzeichnet).

Die Ausschreibung für Auslandsprojekte wurde am 9. Mai veröffentlicht, Antragsschluss ist der 29. Juli. Die zu fördernden Projekte werden voraussichtlich in KW 41 vom Gutachtergremium ausgewählt.

### **3. Fünfte Entwicklungspolitische Landeskongferenz**

Am 2. April fand auf der Messe FAIR HANDELN, die im vorigen Quartalsbericht erläutert wurde, mit gut dreihundert Teilnehmenden im Rahmen von Welt:Bürger gefragt – Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung die Entwicklungspolitische Landeskongferenz 2016 statt. Die Kongferenz ist im Internet dokumentiert (<http://www.ev-akademie-boll.de/projekte/weltbuergergefragt/das-projekt.html> ).

## **VII. Europapolitische Kommunikation**

Am 6. Mai 2016 fand der Europaaktionstag auf dem Stuttgarter Schlossplatz statt. Wie in den vergangenen Jahren kooperierte das Staatsministerium mit der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament, diversen Ministerien, der Stadt Stuttgart, dem Statistischen Landesamt und der Landeszentrale für politische Bildung sowie europaaktiven Verbänden. Die Kooperationspartner informierten die Bürgerinnen und Bürger über ihre Arbeit und aktuelle europäische Themen. Schulklassen und Vereine warben im Rahmen eines Bühnenprogramms für den europäischen Gedanken. Interviews und Fachgespräche zu Themen wie Integration, Flüchtlingspolitik sowie Freiheit und Solidarität in der EU rundeten das Programm ab. Prominente Gesprächspartner waren Kommissar Oettinger, die MdEPs Gebhardt, Theurer, Wieland und Kölmel sowie der vormalige Europaminister Friedrich.

## VIII. Landesvertretung Berlin

### **„Freihandel als Garant für globale Stabilität?“ – Round-Table-Gespräch**

Unter dem Leitthema „Freihandel als Garant für globale Stabilität?“ veranstaltete die Landesvertretung in Kooperation mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) am 16. Juni 2016 ein Round-Table-Gespräch mit Experten aus dem In- und Ausland. Thematisiert wurde dabei die Frage, ob TTIP, CETA und TPP als Ende des handelspolitischen Multilateralismus oder als ergänzender Baustein für eine künftige globale Stabilität zu verstehen sind. Im Mittelpunkt stand dabei die Fragestellung, ob der multilaterale Ansatz gescheitert ist oder bilaterale Abkommen als Keimzelle für eine neue Welle des Multilateralismus in der Zukunft zu sehen sind.

Diskutiert wurde insbesondere das Für und Wider des strategischen Mehrwerts der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft. Einzelaspekte waren dabei die Bildung eines starken wirtschaftlichen „Blocks des Westens“, die Problematik der Fragmentierung der Standards und der mögliche Einfluss auf die Entwicklung globaler Standards und Schutzniveaus. Vertieft wurde dabei die Frage der strategische Bedeutung in Richtung China und der Stärkung der EU und der USA insgesamt in der globalisierten Welt.

## IX. Landesvertretung Brüssel

### **1. Erster Arbeitsbesuch von Minister Wolf und Gespräche in Brüssel**

Am 16. Juni fand der erste Arbeitsbesuch von Minister Wolf mit bilateralen Gesprächen in Brüssel statt.

Mit EU-Kommissar Oettinger wurden grundlegende Fragen diskutiert. Insbesondere wurde über die Position von Baden-Württemberg in Europa und der Rolle von Europa in Baden-Württemberg gesprochen – und das vor allem aus Sicht eines Kenners des Landes, der tagtäglich mit Entscheidungsträgern aus den EU-Institutionen und Vertretern aus allen Ländern und Regionen der EU und darüber hinaus ins Gespräch kommt. Herrn Oet-

- 20 -

tingers Einschätzung ist nicht nur wertvoll als Blick von „Innen“, er hat insbesondere auch einen hervorragenden Blick von „Außen“.

Minister Wolf traf bei diesem Besuch zunächst EU-Abgeordnete aus Baden-Württemberg aus den Reihen der CDU und der SPD; mit anderen EU-Abgeordneten aus dem Land, bei denen aus terminlichen Gründen am 16. Juni kein Zusammentreffen möglich war, werden die Gespräche zeitnah nachgeholt. Der Vizepräsident des EU-Parlaments Rainer Wieland tritt seit vielen Jahren für eine bessere Vernetzung der Abgeordneten des Landtags, des Bundestages und des EU-Parlaments ein. Ein Stück weit hat das auch in der Koalitionsvereinbarung seinen Niederschlag gefunden; dort heißt es auf Seite 120: *„Wir streben an, dass Mitglieder des Europäischen Parlaments mit Wohnsitz in Baden-Württemberg nach dem Vorbild des Deutschen Bundestags als sogenannte mitwirkungsberechtigte Mitglieder ohne Stimmrecht in die Arbeit des Landtagsausschusses eingebunden werden, der für die Angelegenheiten der Europäischen Union zuständig ist“*. In dem Gespräch am 16. Juni hob Herr Wieland hervor, dass er gerne dabei unterstütze, die Präsenz des Landtags in Brüssel weiter zu erhöhen, ob im Rahmen von auswärtigen Ausschusssitzungen, aber auch Gruppen/Einzelreisen.

Bei dem Gespräch mit dem deutschen EU-Botschafter Silberberg standen die Themen BREXIT sowie TTIP im Vordergrund. Bei dem Gespräch mit dem Schweizer EU-Botschafter Balzaretto stand das Verhältnis EU-Schweiz im Mittelpunkt (weniger die Beziehung Baden-Württemberg – Schweiz).

Abschließend diskutierte Minister Wolf mit hohen Beamten aus Kommission, EU-Parlament und Ausschuss der Regionen Fragen der Wirtschafts-, Innovations- und Finanzpolitik, die Finanzierung der EU im nächsten Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2020-2027 sowie Fragen der Akzeptanz der EU bei ihren Bürgerinnen und Bürgern.

## **2. Sicherheitslage in Brüssel**

Nach den Vorkommnissen und Festnahmen Mitte Juni in Brüssel haben die Sicherheitsbehörden beschlossen, das hohe Sicherheitsniveau der Stu-

- 21 -

fe 3 (von 4 möglichen Stufen) beizubehalten. Stufe 3 bedeutet „ernst“ und Stufe 4 „sehr ernst“, d.h. es besteht eine unmittelbare Bedrohung. Für die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LV-Brüssel wurden Vorkehrungen getroffen.